

Fast alle Leitmedien Europas bewerten den Brexit-Entscheid negativ SEITE 9

Als Nutzer von intelligenter Technik zieht der Mensch zunehmend den Kürzeren, meint der Gastautor SEITE 11

Rente mit 70 – was heute für Gewerkschafter als Schreckensszenario gilt, war bei den ersten Sozialversicherungsgesetzen die Regel. Als der deutsche Reichstag im Juni 1889 das «Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz» verabschiedete, wurde als Start für Rentenzahlungen das Erreichen des 70. Lebensjahres bei gleichzeitig mindestens 30 Beitragsjahren vorausgesetzt. Erst 1916 wurde das gesetzliche Rentenalter in Deutschland auf 65 Jahre gesenkt. Die Leistungen im Vergleich mit den Löhnen fielen damals relativ gering aus. Wie es in einer Broschüre der deutschen Rentenversicherung heisst, hatte ein Arbeiter, der damals jährlich zwischen 550 und 850 Mark verdiente, nach 30 Beitragsjahren einen Anspruch auf eine Altersrente von 162 Mark im Jahr.

Seit der Einführung der ersten Sozialversicherungen sind in den westlichen Industrieländern die Leistungen und die Ansprüche der Bürger stark gestiegen. Viele halten heute eine «dritte Lebensphase» mit komfortabler, sicherer Rente für eine Art Grundrecht. Das ist sie nicht – denn mittelfristig wird sich immer deutlicher zeigen, dass die Pensionssysteme vieler Industrieländer aus dem Gleichgewicht geraten sind. Während die Lebenserwartung der Bürger in den vergangenen Jahrzehnten stetig gestiegen ist, haben Staaten, Unternehmen und Privatpersonen nicht genug auf die Seite gelegt, um die Verpflichtungen zu erfüllen. In den staatlichen Rentensystemen von 20 OECD-Ländern fehlen insgesamt 78 000 Milliarden Dollar, wie die US-Bank Citigroup errechnet haben will. Lächer bzw. Unterdeckungen haben auch die Pensionspläne vieler Unternehmen. Eine wichtige Ursache hierfür sind die ultraniedrigen bis negativen Zinsen an den Kapitalmärkten, die auch die private Vorsorge für das Alter erschweren. Als Folge dürften vielen Bürgern erhebliche Anpassungen beim Lebensstandard im Alter bevorstehen. Einigen westlichen Ländern droht eine schleichende «Pensions-Krise».

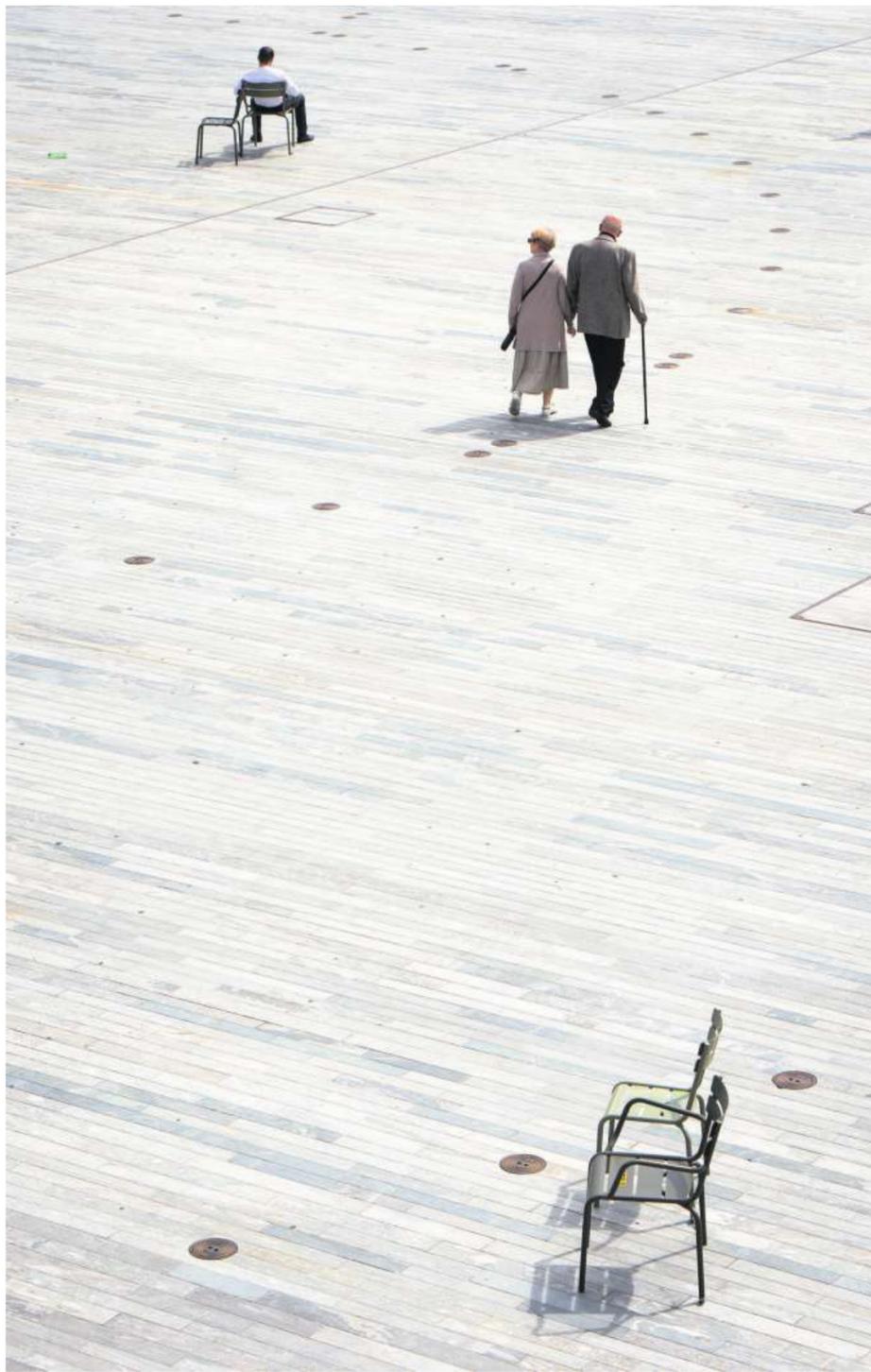
Schwierige Finanzierung

Einer der Gründe für diese Entwicklung ist, dass das für die Rente angesparte Vermögen heute viel länger ausreichen muss als früher. Erreichten in den Anfängen der Sozialversicherungen nur wenige Bürger überhaupt das gesetzliche Rentenalter, so betrug die verbleibende Lebenserwartung in der Periode 2012 bis 2014 für 65-jährige Frauen in Deutschland 20,9, für gleichaltrige Männer 17,7 Jahre. In der Schweiz waren es im vergangenen Jahr sogar 22,2 bzw. 19,2 Jahre. Diese Entwicklung, so erfreulich sie ist, macht die Finanzierung der Renten immer schwieriger. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung der EU-Staaten ist im Zeitraum 1970 bis 2013 schliesslich von 11,5 Prozent auf 18,4 Prozent gestiegen, wie eine Zeitreihe der OECD zeigt. Die Citigroup-Studie prognostiziert für Europa bis 2050 einen weiteren Anstieg auf 26 Prozent – mehr als jeder Vierte wird dann also in Rente sein.

Die demografische Entwicklung sowie die rückläufigen Geburtenraten in Industrieländern verlangen nach weitreichenden Reformen, vor allem nach einem höheren Rentenalter. Letzteres haben mittlerweile immerhin einige Industrieländer aus dem Kreis der OECD beschlossen. Trotzdem gehen die Rentenreformen oft nicht weit genug, wie sich auch am Beispiel der Schweiz zeigt. Politiker verschieben die Probleme gerne zulasten jüngerer und künftiger Generationen in die Zukunft. Dies hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Ländern zu einer immer grösseren Umverteilung von Jung zu Alt in den Rentensystemen geführt. In den kommenden Jahrzehnten dürfte sich diese noch verschärfen, denn in den Renten-, Pflege- und Gesundheitssystemen ist mit deutlich höheren Ausgaben zu rechnen. Der Luzerner Wirtschaftsprofessor Christoph Schaltegger geht für die OECD-Staaten bis 2050 im Durchschnitt von einem zusätzlichen Ausgabendruck von rund 10 Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus.

Diese künftigen Staatsausgaben sind zumeist nicht gedeckt. Laut Berechnungen der Citigroup beträgt alleine das Niveau nicht finanzierter staatlicher Pensionsverpflichtungen in den OECD-Ländern im Durchschnitt 190 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der amerikanische Wissenschaftler Laurence Kotlikoff hat deshalb die sozialen Sicherungssysteme vieler westlicher Industrieländer als «Schneeballsysteme» im Stile des Finanzbetrügers Bernard Madoff bezeichnet.

Als wäre dies nicht genug, sorgt zusätzlich die berufliche Vorsorge für Probleme. Zu den Ländern, in denen es neben der staatlichen Altersvorsorge eine kapitalgedeckte «zweite Säule» gibt, gehören unter anderem die USA, Grossbritannien, die Niederlande, Australien, Kanada und natürlich die Schweiz. Grundsätzlich ist es sehr zu begrüßen, dass diese Länder die Altersvorsorge ihrer Bürger



Bei der Altersvorsorge sollten sich die Bürger nicht zu stark auf den Staat verlassen. DOMINIC STEINMANN / KEYSTONE

Die Renten sind nicht sicher

Längere Leben, verschleppte Reformen und ultraniedrige Zinsen setzen die Pensionssysteme der Industrieländer unter Druck. Viele Bürger werden sich von der Idee einer jahrzehntelangen komfortablen Rente verabschieden müssen. Von Michael Ferber

Die Politik sollte den Bürgern endlich reinen Wein über die verdeckten Staatsschulden und die Unterfinanzierung der Rentensysteme einschenken.

auf mehrere Säulen abstützen und sich so etwas gegen die demografische Alterung der Gesellschaft wappnen. Die Vorsorgeeinrichtungen und Lebensversicherungen leiden aber immer stärker unter den extrem niedrigen bis negativen Zinsen. Es wird zusehends schwieriger, die für die Erfüllung der Verpflichtungen nötigen Renditen zu erwirtschaften. Während die Zentralbanken also mit ihrer Geldpolitik marode Banken am Leben halten und es hochverschuldeten Staaten ermöglichen, weiter günstig Geld aufzunehmen, werden die Bürger indirekt über entgangene Erträge zur Kasse gebeten.

Die Lage spitzt sich zu

Zudem treibt die Geldschwemme die Vorsorgeeinrichtungen und Lebensversicherungen in immer riskantere Anlagen. Dadurch sind sie den Schwankungen an den Finanzmärkten noch stärker ausgeliefert. In den kommenden Jahren könnte sich die Lage weiter zuspitzen, denn in der internationalen Schuldenkrise ist keine Lösung in Sicht. In vielen Industrieländern lahm das Wirtschaftswachstum, und die Schuldenberge wachsen weiter. Es spricht also viel dafür, dass die Zentralbanken die Leitzinsen auch in den kommenden Jahren sehr niedrig halten oder gar weiter in negatives Zins-Terrain vorstossen. Aufgrund dieser Aussichten, aber auch wegen des Drucks von Finanzanalytikern und Rating-Agenturen ändern viele Unternehmen Pensionspläne zum Nachteil ihrer Versicherten und übertragen ihnen die Risiken der Vermögensanlage. Ausserdem geben neue Rechnungslegungsstandards den Unternehmen Anreize, dies zu tun. Andere Arbeitgeber lösen sogar ihre Vorsorgeeinrichtungen auf und schliessen diese Sammeleinrichtungen oder Verbands-Pensionskassen an.

Was ist also zu tun? Den Bürgern bleibt wohl wenig anderes übrig, als sich nicht zu stark auf Staat und Arbeitgeber zu verlassen und – wenn möglich – ihre private Vorsorge zu verstärken. Wollen sie den gewünschten Lebensstandard im Alter erreichen, müssen sie mehr Geld auf die hohe Kante legen. Die Politik darf derweil bei der Lage der Rentensysteme nicht länger die Augen vor der Realität verschliessen. Jene sind auf stabilen Grund zu setzen, auch wenn die dafür nötigen Reformen nicht schmerzfrei vonstattengehen werden. Um die Einnahmen und Ausgaben der Systeme ins Gleichgewicht zu bringen, taugen nur drei altbekannte Mittel: Leistungskürzungen, höhere Rentenbeiträge oder eine längere Lebensarbeitszeit bzw. ein höheres Rentenalter. Auch die Einführung von Schuldenbremsen in den sozialen Sicherungssystemen wäre sinnvoll. Zudem gilt es, in der kapitalgedeckten beruflichen Vorsorge – beispielsweise in der Schweiz – Augenmass zu wahren. Legitime Leistungsziele dürfen nicht mit unrealistischen Vorgaben zum Umwandlungssatz und Mindestzinssatz vermennt werden. Als erster Schritt kommt die Politik nicht umhin, den Bürgern endlich reinen Wein über die verdeckten Staatsschulden und die kolossale Unterfinanzierung der Rentensysteme einzuschenken.